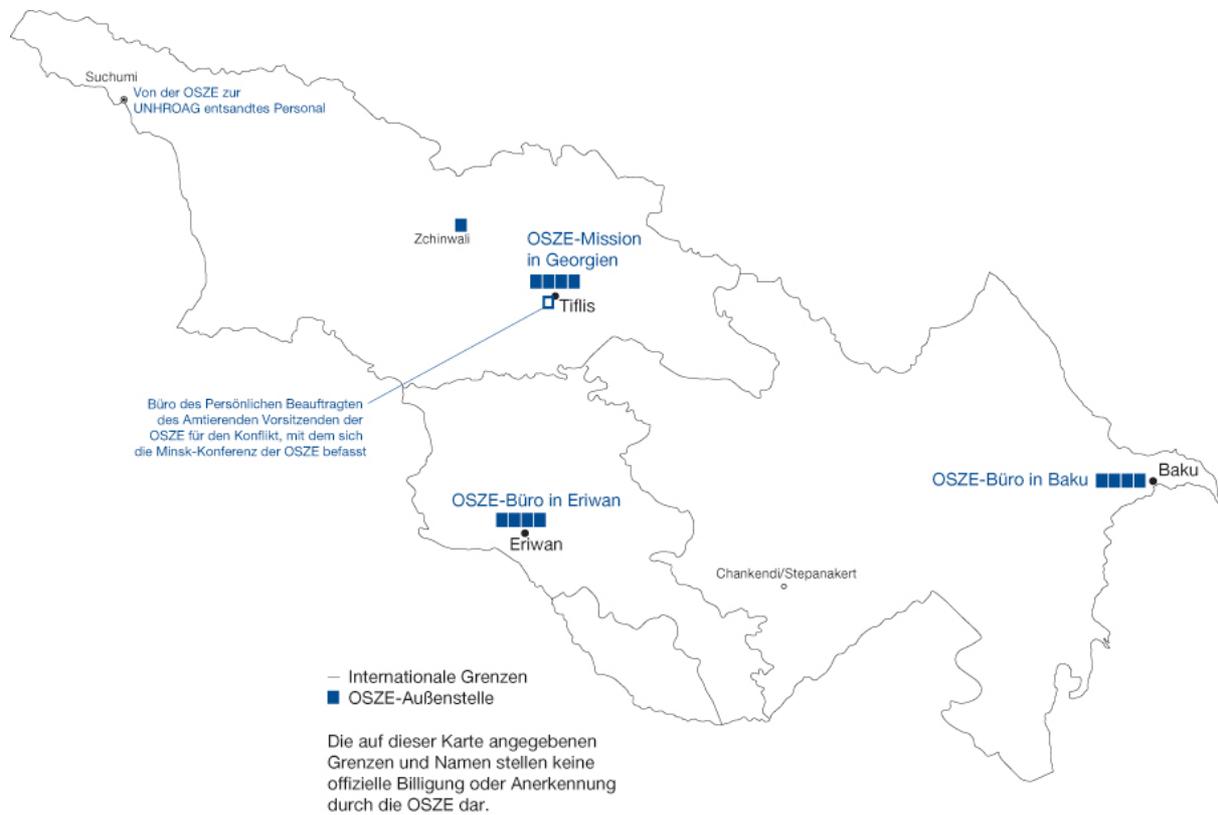


Kaukasus



Das Büro in Baku

Die Tätigkeit des Büros in Baku galt 2005 der Entwicklung der Zivilgesellschaft, dem Thema Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, der Bekämpfung des Menschenhandels, der Unterstützung der Polizeiarbeit,

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. 2005 machte das Büro beachtliche Fortschritte bei der Sanierung des Polizeischulgebäudes und bei der Verbesserung des Ausbildungsprogramms. Die Schule verfügt nun über Mobiliar in allen Klassenzimmern und der Unterricht kann nun wenigstens teilweise in einer lernfreundlicheren Umgebung erfolgen. Ein Schlaftrakt und Spezialausrüstung fehlen jedoch nach wie vor.

Die Lehrer der Polizeischule nahmen erstmals an einem formellen, von den staatlichen Polizeiakademien der Tschechischen Republik angebotenen Lehrerbildungskurs teil, der die Polizeiausbildung in Aserbaidschan auf internationales Niveau heben soll. Die Lehrpläne für den neuen Einführungskurs wurden auf der Grundlage der inhaltlichen Vorgaben erstellt, die zuvor zwischen der Regierung und dem Büro vereinbart worden waren.

Schulung zum Thema Versammlungsfreiheit. Das Büro initiierte zwei Schulungsprojekte für die Polizei- und Sicherheitskräfte des Innenministeriums, einschließlich eines fünftägigen Praktikums, das die Überwachung öffentlicher Veranstaltungen zum Gegenstand hatte. Höhepunkt war die Demonstration von Abwehrtechniken, die mit internationalen Standards im Einklang stehen.

Vernichtung toxischer Raketentreibstoffkomponenten. Das Büro unterstützte ein Projekt, in dessen Rahmen Aserbaidschan technische und finanzielle Unterstützung für die Vernichtung bzw. Konversion veralteter toxischer chemischer Raketentreibstoffkomponenten an zwei Lagerstätten erhielt. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Menschenrechtsschulung und der Kampf gegen den Terroris-

mus der Bekämpfung der Korruption und der Hebung des Umweltbewusstseins in der Öffentlichkeit. Die Unterstützung der Wahlreform und die Förderung der Versammlungsfreiheit in Aserbaidschan blieben an vor-

mus. Im Rahmen der Unterstützung Aserbaidschans im Kampf gegen den Terrorismus erteilte das Büro der Ölpipeline-Schutztruppe der Armee eine Menschenrechtsschulung, bei der im Einzelnen auf deren völkerrechtliche Rechte und Pflichten eingegangen wurde.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Fehlender Zugang zu betriebswirtschaftlicher Ausbildung und zu Mikrokrediten zählt zu den größten Problemen, die die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in den Regionen Aserbaidschans behindern. Insbesondere Frauen stoßen auf große Hindernisse, wenn sie sich um eine betriebswirtschaftliche Ausbildung, Kapital und Mikrokredite bemühen, was ihnen die Aufnahme oder Verstärkung wirtschaftlicher Aktivitäten erschwert. Aus diesem Grund widmete sich das Büro einer Ausbildung von Frauen aus ländlichen Regionen, die dieser Zielgruppe den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen soll. Ab Januar schulte das Büro über 200 Frauen in fünf aserbaidschanischen Bezirken, abschließender Höhepunkt war ein Wettbewerb zur Erstellung eines Unternehmenskonzepts, dessen Gewinnerinnen eine Unterstützung für die Betriebsgründung erhielten.

Good Governance und Korruptionsbekämpfung. Korruption gilt als eines der Haupthindernisse für die marktwirtschaftliche Liberalisierung und die regionale Wirtschaftsentwicklung, insbesondere dort, wo der Erdöl- und Erdgassektor große Gewinne abwirft. Gemeinsam mit dem Verband junger Rechtsanwälte veranstaltete das Büro öffentliche Diskussionsrunden zur Propagierung der neuen Antikorruptionsgesetze. Das Büro publizierte auch das Best-Practice-Handbuch der OSZE zum Thema Korruptionsbekämpfung in

derster Stelle der Tagesordnung des Büros. Es unternahm auch erste Schritte zur Wiederverwertung und Entsorgung einer toxischen Raketentreibstoffkomponente.

aserbaidschanischer Sprache und sorgte für dessen Verbreitung.

Hebung des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung. Mit durchschnittlich 75 Bibliotheksbesuchern pro Woche war das Aarhus-Zentrum eine wichtige Anlaufstelle für Umwelt-NROs. Darüber hinaus diente es als Veranstaltungsort für über 50 öffentliche Zusammenkünfte.

Das Büro startete ein einjähriges Programm zur Entwicklung eines Umweltunterrichtsprogramms für den Einsatz in Schulen. Im Rahmen dieses Programms sollen Lehrer und führende Persönlichkeiten Anleitungen für die Integration so genannter „Grüner Koffer“, die Unterrichtsmaterial zu Umweltthemen enthalten, in den Lehrplan erhalten.

Wie bisher unterstützte das Büro das von der OSZE und der NATO betriebene *Flussüberwachungsprojekt im Südkaukasus*, in dessen Rahmen nun schon das vierte Jahr Beobachtungen durchgeführt und Daten gesammelt werden. Es unterstützte nach wie vor die Umwelt- und Sicherheitsinitiative von OSZE, UNDP und UNEP.

Das Büro und seine Implementierungspartner unterstützten die Energiebus-Initiative, die in Landgemeinden das öffentliche Bewusstsein für ein energiesparendes Verhalten heben und praktische Lösungen im Bereich alternativer Energiequellen vorstellen soll. Trotz beträchtlicher Öl- und Gasreserven, die derzeit erschlossen werden, herrscht in den ländlichen Regionen Aserbaidschans nach wie vor chronischer Energiemangel, der eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung verhindert und in diesen Gebieten die Abholzung begünstigt. Der Energiebus ist ein mobiler LKW mit Anhänger und enthält Ausstellungsmodelle und Informationen zum Thema Energiesparen und über kostengünstige Alternativen und erneuerbare Energiequellen als

mögliche Option für Landgemeinden; er trug maßgeblich zur Propagierung der von der Regierung angestrebten Förderung erneuerbarer Energiequellen im Hinblick auf die Sicherung der Energieversorgung bei. Der Bus brachte 2005 seine Botschaft in rund 150 Dörfer.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Prozessbeobachtung. Gemeinsam mit dem BDIMR legte das Büro der aserbaidischen Regierung im Februar einen Bericht über das *Prozessbeobachtungsprojekt in Aserbaidschan 2003 – 2004* vor. Im Anschluss an Gespräche mit dem BDIMR in Warschau verpflichtete sich die Regierung zu einem Dialog über die Umsetzung der im Bericht enthaltenen Empfehlungen. Im November erörterte eine Expertengruppe das Thema Untersuchungshaft. Vor den Parlamentswahlen vom 6. November ließen die Gerichte sieben prominente Oppositionsführer nach deren Begnadigung durch den Präsidenten frei und löschten die Vorstrafen jener Personen, die wegen Straftaten im Zusammenhang mit den öffentlichen Ausschreitungen nach den Präsidentenwahlen des Jahres 2003 verurteilt worden waren. Nach Löschung der Vorstrafen können die sieben Oppositionsführer, deren Verfahren von der OSZE beobachtet worden waren, nun bei den Parlamentswahlen kandidieren.

Programm zur Aufklärung der Öffentlichkeit über Berufungsmöglichkeiten beim Verfassungsgerichtshof. Das Büro, der Verfassungsgerichtshof und eine einheimische NRO starteten ein Programm, das Einzelpersonen Anleitungen für die Einbringung von Klagen beim Verfassungsgerichtshof erteilen soll. In allen Landesteilen fanden Kurse und Vorträge statt. Das Büro beauftragte auch einheimische Rechtsanwälte mit der Ausarbeitung einer Broschüre über die erforderlichen Voraussetzungen für Verfassungsbeschwerden.

Beobachtung der neu gegründeten Rechtsanwaltsvereinigung. Das Büro verfolgte die Tätigkeit der neuen Rechtsanwaltsvereinigung und setzte sich für die Aufnahme von Rechtsanwälten ein, denen die Mitgliedschaft verweigert worden war. Es brachte einen Bericht über

Die Lage der Rechtsanwälte in Aserbaidschan in Umlauf, in dem auf die kritische Situation der Rechtsberufe hingewiesen, die Bedeutung der Angelegenheit hervorgehoben und die Regierung um Behandlung dieses Themas ersucht wird.

Schulungsprogramm zur Stärkung der Funktion von Nicht-regierungsorganisationen (NROs) als Interessenvertreter. Das Büro entwickelte ein neues Schulungsprogramm für NROs zur Stärkung ihrer Funktion als Interessenvertreter und ihrer Verhandlungskompetenz und unterstützte von NROs veranstaltete Schulungskurse. Diese sollen einen nachhaltigen Dialog zwischen Vertretern von politischen Parteien, Gemeindeverwaltungen und Basisorganisationen ermöglichen und deren Fähigkeiten in den Bereichen Konsensbildung und Konfliktmanagement verbessern.

Studie über die Jugendgerichte. Das Büro beauftragte die NRO *Allianz für Kinderrechte* mit der Ausarbeitung eines Berichts über die Jugendgerichtsbarkeit in Aserbaidschan. Die Empfehlungen aus diesem Bericht, dem ersten seiner Art, bieten den Behörden eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit den Defiziten des Justizsystems im Umgang mit Jugendlichen. Die Regierung sagte zu, die Erkenntnisse aus diesem Bericht zu berücksichtigen und Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Lage inhaftierter Kinder ins Auge zu fassen.

Unterstützung bei der Einführung eines Melderegisters. Ein vom Büro beauftragter internationaler Experte beurteilte die für die Einführung eines landesweiten Melderegisters notwendigen Vorarbeiten im Hinblick auf die finanziellen und technischen Auswirkungen auf den Haushalt 2006. Das Büro skizzierte die Grundvoraussetzungen für das System und die wichtigsten Aufgaben staatlicher Stellen bei dessen Einführung. Das Register soll demographische Daten etwa zum Zwecke der Personenidentifikation oder der Erstellung von Wählerverzeichnissen archivieren.

Engagement gegen den Menschenhandel. Das Büro konzipierte und finanzierte einen Ausbil-

dungsplan für gefährdete Frauen in der nordaserbaidschanischen Provinzstadt Guba, wo die Berufsaussichten äußerst gering sind. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung werden im Rahmen des Programms junge Frauen zu Sekretärinnen ausgebildet, es hilft ihnen bei der Arbeitssuche und wirkt dadurch der Gefahr entgegen, dass sie Menschenhändlern zum Opfer fallen.

Mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über Menschenhandel und Novellierungen zum Strafgesetzbuch kam die Umsetzung des 2004 beschlossenen nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels in Gang. Das Büro und das Innenministerium renovierten ein Gebäude, das erstmals in Aserbaidschan Opfern des Menschenhandels und gefährdeten Personen eine sichere Unterkunft bieten soll.

Unterstützung des politischen Dialogs. Eine der wichtigsten Prioritäten des Büros war die Unterstützung von Gesprächen zwischen den Behörden und der Opposition. Über Vermittlung des Büros trafen die beiden Seiten im Mai zusammen, um die Grundwerte der Demokratie zu erörtern. Damit begann die erste Serie von „Dialogveranstaltungen“ zum Thema Demokratie. Alle Teilnehmer einigten sich auf einen neun Punkte umfassenden Rahmen für das Verhalten politischer Parteien.

Im September brachte eine zweite „Dialogveranstaltung“ führende Parteipolitiker, Leiter regionaler Verwaltungsbehörden und hochrangige Vertreter der Polizei und der Sicherheitskräfte an einen Tisch; dabei wurde unter anderem erörtert, an welchen Stellen Demonstrationen abgehalten und Streikposten aufgestellt werden dürfen. Bei dieser Begegnung wurden die Teilnehmer dringend dazu aufgefordert, sich um einen Dialog zwischen allen Betroffenen zu bemühen und vor jeder Versammlung bzw. vor Errichtung eines Streikpostens eine Vereinbarung über den Teilnehmerkreis, den Ort und den Ablauf der Veranstaltung zu treffen.

Parlamentswahlen. Das Büro unterstützte die Umsetzung der Änderungen und Empfehlungen zur Wahlordnung und die weitere Re-

form der gesetzlichen Grundlagen für Parlamentswahlen. Es leistete finanzielle Unterstützung und erteilte Beratung in Bezug auf die bei der inhaltlichen Gestaltung der von der NRO *Wahlbeobachtungszentrum* produzierten Fernseh- und Radiospots zu beachtenden Grundsätze. Dieses Projekt war Teil der Bemühungen des Büros, die Wähler zur Eintragung in die Wählerlisten und zu einer stärkeren Wahlbeteiligung zu veranlassen.

Mitarbeiter des Büros verfolgten die Stimmabgabe während der Parla-

mentswahlen am 6. November, die vom BDIMR beobachtet wurden. Das Büro beobachtete politische Zusammenkünfte und öffentliche Veranstaltungen sehr genau und verfolgte die Geschehnisse im Fall von Verhaftungen.

Genderfragen. Schwerpunktmäßig setzte sich das Büro in diesem Bereich für eine verstärkte Teilnahme von Frauen an den Parlamentswahlen als Wählerinnen, Aktivistinnen, Beobachterinnen und Kandidatinnen ein. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Medien-NRO

Internews produzierte das Büro eine Reihe von themenbezogenen Beiträgen und Debatten unter dem Titel *Frauen und Wahlen*, die vor dem Wahltag landesweit ausgestrahlt wurden. Im Laufe des Jahres war das Büro Gastgeber mehrerer Diskussionsrunden zu Genderfragen, an denen internationale Organisationen, Geber und Botschaftsvertreter teilnahmen.

Leiter des Büros:
Botschafter Maurizio Pavesi
Revidierter Haushalt: € 1.593.500
www.osce.org/baku

Die Mission in Georgien

Das demokratische Reformprogramm der georgischen Regierung und die beträchtlichen Herausforderungen auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung des georgisch-ossetischen Konflikts verlangten von der Mission 2005 einen intensiven Einsatz und ein dimensionenübergreifendes Vorgehen.

Die Lage in der georgisch-ossetischen Konfliktzone blieb so unberechenbar und angespannt wie zum Zeitpunkt der Feuer-

einstellung im August 2004. Auch 2005 kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen – Schießereien, Entführungen, Morden, Misshandlungen und einem Granatwerferangriff auf bebautes Gebiet. Verstöße gegen Abmachungen – etwa eine Militärparade am 20. September – heizten die Spannungen noch zusätzlich an.

Die Mission trug durch genaue Beobachtung und aktive Mitarbeit in der Gemeinsamen Kontrollkommission zur Stabilisierung

bei und konzentrierte ihre Tätigkeit auf Bereiche, die ein günstigeres Umfeld für den politischen Dialog schaffen sollten.

Große Herausforderungen waren auch mit der Schließung des Grenzbeobachtungseinsatzes zu Beginn des Jahres und mit der raschen Ausarbeitung und Umsetzung des Ausbildungsunterstützungsprogramms verbunden, das die Lehren und Erfahrungen aus dem Beobachtungseinsatz an den georgischen Grenzwachdienst

weitergeben sollte.

Die Mission unterstützte auch die neue georgische Regierung bei verschiedenen Aspekten ihres demokratischen Reformprogramms. Die in der Wirtschafts- und Umweltdimension und in der menschlichen Dimension tätigen Mitarbeiter der Mission leisteten dabei weiterhin substantielle Arbeit mit ihren Ansprechpartnern auf Regierungsseite und in der Zivilgesellschaft.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

FRIEDLICHE KONFLIKTBEILEGUNG

Der georgisch-ossetische Konflikt. Von größter Dringlichkeit war es für die Mission, in allen Dimensionen zur friedlichen Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts beizutragen. Sie beteiligte sich aktiv an Sitzungen der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC), die sechsmal zusammentrat, unter anderem zu einer Sonder-sitzung im November in Laibach auf Einladung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE. In der JCC führen Georgien, Südossetien, Nord-ossetien und Russland gemeinsam den Vorsitz. Ihr Ziel ist es, den politischen Prozess, der zu einer friedlichen Konfliktbeilegung führen soll, wieder in Gang zu bringen.

Die Mission forderte die Konfliktparteien eindringlich auf, praktische Schritte zur Verbesserung der Sicherheitslage zu unternehmen. Insbesondere schlug sie vor, die Konfliktzone weiter zu entmilitarisieren und die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften der Konfliktparteien zu fördern.

Die Mission intensivierte ihre Konsultationen mit den JCC-Teilnehmern, hochrangigen georgischen Beamten und Botschaften, um dafür zu sorgen, dass die Konfliktparteien den Dialog fortsetzen und weiter nach Lösungen suchen, die zu einer Stabilisierung führen. Wichtige Auf-

gaben sind nach wie vor die Beobachtung der militärischen Lage in der Konfliktzone und die rasche Berichterstattung an die OSZE-Teilnehmerstaaten.

Um zur Stabilisierung der Sicherheitslage beizutragen und ein günstigeres Klima für den politischen Dialog zu schaffen, setzte die Mission mehrere Initiativen zum Aufbau des Vertrauens zwischen den Konfliktparteien. Dazu zählen Programme zu folgenden Themen: Sanierung der Wirtschaft und der Infrastruktur, Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte, Schulungen für die über den Konflikt berichtenden Journalisten im Hinblick auf eine unparteiische Berichterstattung über die Ereignisse in den Medien und Hilfeleistung bei der Herausgabe des JCC-Mitteilungsblattes.

Aktivitäten zum Thema Menschenrechte und Zivilgesellschaft in der georgisch-ossetischen Konfliktzone.

Die Mission unterstützte Projekte zur Förderung der Menschenrechte unter Einbindung der ossetischen und der georgischen Volksgruppe und zur Stärkung des Vertrauens in die Konfliktlösungskompetenz der Zivilgesellschaft. Mit Hilfe des Menschenrechtszentrums in Zchinwali veranstaltete die Mission eine Schulung für Strafvollzugsbeamte, wöchentliche Sitzungen zum Thema Menschenrechte sowie Englischkurse für Lehrer und für georgische und ossetische Kinder. Die Mission setzte sich auch dafür ein, die Zivil-

gesellschaft zu stärken und in den von den verschiedenen Konfliktparteien verwalteten Dörfern das Menschenrechtsbewusstsein zu heben. Die Mission setzte sich dafür ein, dass ossetischen und georgischen Schülern Kenntnisse über die internationalen Menschenrechte und die Geschichte des Kaukasus vermittelt werden. Sie finanzierte auch 14 bürgerorientierte Projekte und zwei Sprachausbildungszentren, um in der Konfliktzone die Berufsaussichten der Menschen zu verbessern.

Laufende Sanierungsprojekte

Die Mission fungierte nach wie vor als Koordinator für die Umsetzung von Projekten zur Sanierung der Infrastruktur in der Konfliktzone, die von der Europäischen Kommission mit einem Zuschuss von 2,5 Millionen Euro finanziert werden. Dazu zählten Projekte zur Verbesserung der Strom-, Gas- und Wasserversorgung in den Gemeinden. Über einen Lenkungsausschuss leitete die Mission regelmäßige Konsultationen zwischen beiden Konfliktparteien, der Europäischen Kommission und den Implementierungspartnern UNDP und UNHCR.

Überwachung der Situation vor Ort.

Die für die Mission tätigen Beobachter patrouillierten nach wie vor in der Konfliktzone und besuchten Kontroll- und Beobachtungsposten. Die Beobachter begleiteten auch die Überwachungsteams der Gemeinsamen Friedenskräfte (JPKF) und tauschten mit den Komman-

danten der besuchten Beobachtungsposten Informationen aus. Es fanden Waffeninspektionen statt, um sicherzugehen, dass die JPKF-Stellungen den Bestandsverzeichnissen entsprechend und vorschriftsgemäß ausgestattet sind.

Schulung von zwanzig georgischen und ossetischen Journalisten in Konfliktberichterstattung

Erstmals seit dem Anstieg der Spannungen im Jahr 2004 nahmen Journalisten aus Georgien und Südossetien an einer Fachausbildung zum Thema professionelle Konfliktberichterstattung teil. Die Initiative umfasste mehrere Ausbildungseinheiten in Zchinwali und eine Studienreise in das Vereinigte Königreich. Bei dem von der Mission und der britischen Botschaft in Tiflis gemeinsam organisierten Kurs wurden die Probleme einer ausgewogenen Berichterstattung über Konfliktthemen in Nordirland analysiert. Der Kurs trug auch dazu bei, den Dialog und Arbeitskontakte zwischen Medienschaffenden zu festigen

Bedarfserhebungsstudie betreffend den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung in der Konfliktzone

Im November gab die Mission eine Bedarfserhebungsstudie in der georgisch-ossetischen Konfliktzone in Auftrag, die von 18 internationalen und einheimischen Experten durchgeführt wurde. Ziel ist die Ausarbeitung mehrerer Projektvorschläge in den Bereichen Infrastrukturanierung und wirtschaftliche Entwicklung, die potenziellen Gebern vorgelegt werden sollen.

Der georgisch-abchasische Konflikt. Im Frühjahr 2005 kam der Friedensprozess in dem unter VN-Führung stehenden Genfer Verhandlungsrahmen und in den so genannten „Sotschi-Arbeitsgruppen“, die 2003 vom russischen und georgischen Präsidenten eingerichtet wurden, wieder in Gang. Die Mission nahm an zwei Treffen der Konfliktparteien zum Thema Sicherheitsgarantien teil.

Da die Zustimmung der abchasischen Seite noch aussteht, gab es 2005 keinen Fortschritt hinsichtlich der Eröffnung einer Außenstelle des gemeinsamen VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in Abchasien (Georgien) in Gali.

Im Rahmen der Tätigkeit des Menschenrechtsbüros in Abchasien (Georgien) förderte die Mission den Menschenrechtsunterricht für 3.000 Kinder an Schulen im Bezirk Otschamschira, für den Unterrichtsmaterial des Europarats zum Thema Menschenrechte verwendet wurde. Sie beauftragte einen örtlichen kommerziellen TV-Sender in Suchumi mit der Produktion von Menschenrechtssendungen für die örtliche Bevölkerung zu verschiedenen Themen. Die Mission bot Bürgerorganisationen im Bezirk Gali Fortbildungsmöglichkeiten und finanzielle Zuschüsse zur Verbesserung ihrer Managementkompetenz und Professionalität.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN DER POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION

Vernichtung überschüssiger militärischer Bestände. Im Oktober unterzeichnete das georgische Außenministerium eine Vereinbarung über die Inangriffnahme der dritten Phase eines OSZE-Projekts zur Beseitigung und Wiederverwertung veralteter Munition auf georgischem Hoheitsgebiet. Im November waren in der Demonsterganlage in Dedoplistkaro Wartungs-, Einzäunungs- und andere Vorbereitungsarbeiten im Gang.

Maßnahmen gegen den Terrorismus. Um die Voraussetzungen für die Annahme der noch ausstehenden drei von zwölf universellen Übereinkommen und Protokollen gegen den Terrorismus zu schaffen, starteten die Mission und das Innenministerium ein Projekt, um die diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften Georgiens mit internationalen Standards in Einklang zu bringen.

Die Mission half durch Studienbesuche und andere gezielte Projekte den für Terrorismusbekämpfung zuständigen Stellen in Georgien bei der Stärkung der Zusammenarbeit mit ihren Ansprechpartnern in Europa und organisierte eine Serie von Workshops zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, um deren Professionalität wesentlich zu verbessern.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Mission und dem Ministerium galt ferner dem Aufbau eines

Krisenmanagementzentrums, der Einrichtung eines gemeinsamen Informationssystems betreffend verurteilte und mutmaßliche Terroristen und Straftäter, der Ausarbeitung eines Best-Practice-Dokuments und der Entsendung offizieller Vertreter zu Antiterrorismuskonferenzen in Georgien und im Ausland.

Polizeireform. Im Einklang mit der Reformagenda des Innenministeriums schloss die Mission im Februar eine eingehende Bedarfserhebung unter Beteiligung internationaler Polizeixperten ab. Die Empfehlungen lieferten die Grundlage für das derzeitige Kurzzeit-Unterstützungsprojekt der OSZE, das dem Ministerium bei der Entwicklung eines umfassenden Personalmanagementsystems, der Einrichtung einer Dienststelle für den Aufbau des *Community Policing* und der Aufnahme eines neu entwickelten Grundkurses in den Lehrplan der Polizeiakademie helfen soll. Die Mission leistete auch einen finanziellen Beitrag zu Reparaturarbeiten und zur Neuausstattung der Bibliothek der Akademie.

Ausbildungsunterstützungsprogramm. In Beantwortung eines von der georgischen Regierung Anfang 2005 gestellten Ersuchens um Unterstützung beim Ausbau der Managementkapazitäten der georgischen Grenzschutztruppe richtete die Mission ein Ausbildungsunterstützungsprogramm ein. Ziel der Initiative ist die Weitergabe von Kompetenzen, die sich die Mission in den fünf Jahren ihres Grenzbeobachtungseinsatzes erworben hat.

Unter den Kursteilnehmern waren Offiziere mittlerer Ränge und Unteroffiziere, einige von ihnen kommen in Zukunft als Instruktoren in Frage.

Der praktische und theoretische Unterricht umfasste folgende Bereiche:

- Rettungseinsätze und Sicherheitsvorschriften in gefährlichen Gebirgsregionen
- Planung und Führung von Grenztrupps bei Tag und bei Nacht
- Patrouillendienst, Beobachtung und Berichterstattung
- Wartung der Spezialausrüstung
- Kartenlesen
- Kommunikationsmittel

- Erste Hilfe

Ein Team von 50 Personen, darunter 30 internationale Experten, setzt das Programm von der Zentrale der OSZE-Mission in Tiflis und von vier weiteren regionalen Schulungszentren aus (Lilo, Kasbegi, Lagodechi und Omalo) um.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftliche Sicherheit. Die Mission widmete sich wie bisher schwerpunktmäßig der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, sie unterstützte den Kampf gegen Korruption und bot der Regierung wirtschaftspolitische Orientierungshilfe. Darüber hinaus unterstützte die Mission aktiv Good-Governance-Initiativen in den Regionen außerhalb von Tiflis. Dazu zählten folgende Aktivitäten:

- Beurteilung der Möglichkeiten für eine Rollstuhlproduktion in Georgien einschließlich Abchasiens. Diese Produktionsstätten werden nach ihrer Gründung Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung bieten.
- Organisation eines wirtschaftskundlichen Jugendsommerlagers. Durch diese Maßnahme wurden jungen Menschen aus ganz Georgien betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse vermittelt.
- Organisation eines Workshops gegen Geldwäsche für georgische Regierungsbeamte. Die Mission unterstützte NROs, die sich für die Umsetzung der Empfehlungen des Antikorruptionsnetzes der OECD einsetzen.
- Analyse des georgischen Privatisierungsplans. Diese eingehende Überprüfung, die von der Mission in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Sicherheitsrat durchgeführt wurde, widmete sich dem Wirtschaftswachstum und der Frage, wie eine solide Planung der Wirtschaftspolitik erfolgen soll.
- Einrichtung von Ressourcenzentren für Good Governance in Gardabani und Marneuli. Diese Zentren sollen örtlichen Verwaltungsbehörden bei der Erstellung und Umsetzung ihrer Haushaltspläne und bei der Verbreitung von Infor-

mationen in Dörfern und Regionen mit einem starken Anteil nationaler Minderheiten helfen.

Umweltsicherheit. Gemeinsam mit dem georgischen Umweltministerium richtete die Mission am 19. Dezember in Tiflis ein Aarhus-Zentrum ein. Zweck dieses Zentrums ist es, die Grundsätze der von Georgien 2003 unterzeichneten Aarhus-Konvention zu propagieren und zur Vertrauensbildung zwischen Regierung und Umweltschützern beizutragen.

Die Mission arbeitete an der Aufdeckung stabilitätsgefährdender und konfliktträchtiger Umweltprobleme. Unter Beiziehung des Büros des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE unterstützte die Mission die OSZE/VN-Umwelt und Sicherheitsinitiative bei der Entwicklung umweltbezogener Projekte.

Die Mission finanzierte auch ein Sommerlager für georgische Jugendliche zu Umweltthemen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Stärkung demokratischer Institutionen. Die Mission setzte sich für die Stärkung der Kapazitäten der georgischen Gesellschaft und ihrer Institutionen auf ihrem Weg zur Demokratisierung ein. Dazu zählen eine funktionierende örtliche Demokratie und die Fähigkeit zur Abhaltung freier und fairer Wahlen. Die Mission förderte auch die Unabhängigkeit und Professionalität georgischer Medien.

Der Wahlprozess. Die neue Zentrale Wahlkommission erhielt Unterstützung in ihren Bemühungen um verstärkte Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Einstellung von Beamten, die für die Abwicklung von Wahlen zuständig sind. Die Mission arbeitet nach wie vor an der Einschulung von Mitarbeitern örtlicher NROs als Wahlbeobachter und beteiligt sich an der Entwicklung der georgischen Rechtsordnung, um gut organisierte und faire Wahlen zu gewährleisten.

Örtliche Selbstverwaltung. In diesem Bereich unterstützte die Mission die Ausbildung von Beamten der örtlichen Selbstverwaltung, sie förderte die Bürgerbeteiligung in der

örtlichen Verwaltung und überwachte das örtliche Haushaltsgebaren in Städten in allen Landesteilen. Die Mission unterstützte eine öffentliche Debatte über Gesetzesänderungen im Bereich der örtlichen Selbstverwaltung im Vorfeld der Kommunalwahlen 2006.

Medienfreiheit. Im Interesse einer ausgewogenen und objektiven Information der Bürger durch die Medien setzte sich die Mission für mehr Professionalität in den unabhängigen regionalen Rundfunkanstalten ein. Dies umfasste Schulungsveranstaltungen für Journalisten aus Südossetien, Adscharien und anderen Regionen in Westgeorgien. Die Mission unterstützte auch die Beobachtung der Umsetzung des Gesetzes über Informationsfreiheit in den Regionen und in der Hauptstadt.

MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

Die Mission arbeitete nach wie vor mit staatlichen Stellen und NROs zusammen, um internationale Menschenrechtsstandards zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf ländlichen Gebieten lag. Sie wählte dabei einen zweifachen Ansatz: Umsetzung von Projekten zur Propagierung der Menschenrechte und Bearbeitung von Menschenrechtsfällen. Zu Letzterem zählte die Beobachtung von Gerichtsverfahren, die Bereitstellung von Rechtsberatung und die Äußerung von Bedenken über mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen.

Die Regierung erhielt Unterstützung bei der Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans gegen Folter 2003 – 2005* durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Nationalen Sicherheitsrat, der Volksanwaltschaft, der Generalstaatsanwaltschaft und dem Innenministerium. Dazu zählten:

- unangekündigte Besuche in Haftanstalten
- Reaktion auf Verstöße
- Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Haftbedingungen

Die Mission half bei der Stärkung von Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte in ländlichen Gebieten, in erster Linie durch Beratung der Volksanwaltschaft, Bereit-

stellung kostenloser Rechtsberatung und Abhaltung von Seminaren für Beamte, Rechtsanwälte und Menschenrechtsaktivisten.

Sie initiierte und finanzierte die Menschenrechtserziehung an Schulen in vier georgischen Regionen: Kwemo-Kartli, Samzche-Dschawacheti, Samegrola und Adscharien.

Darüber hinaus unterstützte die Mission die Integration ethnischer Minderheiten durch Einrichtung von Volksgruppenzentren in Kwemo-Kartli. In den Zentren finden regelmäßig Georgisch- und Englischkurse, Computerkurse und Menschenrechtsschulungen statt. Sie veranstalten auch Diskussionsrunden zu Fragen, die sich in einer multiethnischen Gesellschaft stellen.

Stärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel. Ein wichtiger Tätigkeitsbereich war die Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel 2005 – 2006*, der 2004 von der Regierung und NRO-Vertretern mit Unterstützung der Mission ausgearbeitet worden war. Im September wurden die Ergebnisse einer von der Mission unterstützten Begutachtung des nationalen Leitmechanismus veröffentlicht. Die Mission half auch

bei einem Pilotprojekt in der Region Adscharien, das die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Behörden und NROs im Hinblick auf das Erkennen von Opfern des Menschenhandels und deren Zuweisung an Hilfseinrichtungen verbessern soll.

Gleichbehandlungsfragen. Die Mission half der Regierung und Frauenorganisationen bei der Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zur Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Noch vor Jahresende wurde der Entwurf der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

FÖRDERUNG VON RECHTSREFORMEN IN GEORGIEN

Die Mission förderte die laufenden Arbeiten an einer Reform der georgischen Rechtsordnung. 2005 umfassten diese Aktivitäten Folgendes:

- Unterstützung des Justizministeriums bei der Umsetzung der Reform des Meldewesens
- Erleichterung der Entwicklung einer unabhängigen, professionellen und ausgewogenen Justiz in Georgien. Die Mission leistete finanzielle Unterstützung für die georgische Richtervereinigung, die der Ausarbeitung von Richtlinien für Gerichtsur-

teile in Straf- und Verwaltungssachen und in gewissen zivilrechtlichen Bereichen diente. Sie unterstützte die Richtervereinigung auch bei der Abhaltung einer Serie von Schulungsveranstaltungen für Richter aus dem gesamten Land von Juni bis September.

- Förderung der inneren und äußeren Sicherheit in Gefängnissen. Die Hilfestellung erfolgte in Form von Grundkursen für neu eingestellte Strafvollzugsbeamte.
- Erleichterung des Dialogs zwischen Vertretern der Rechtsberufe in Georgien. Die Mission erleichterte den Dialog zwischen Vertretern der Rechtsberufe in Georgien mit dem Schwerpunkt auf der Förderung eines Meinungsaustauschs über die laufenden Rechtsreformen in Georgien.

**Leiter der Mission:
Botschafter Roy Reeve
Revidierter Haushalt: €
12.324.800
www.osce.org/georgia**

Das Büro in Eriwan

Das Büro setzte im Jahr 2005 mehrere Initiativen, um die armenischen Behörden bei der Verbesserung der Menschenrechtsgesetze und der Arbeitsweise der Legislative zu unterstützen. Angesichts der im November per Referendum angenommenen Verfassungsänderungen zur Stärkung der Befugnisse der Nationalversammlung waren diese Bemühungen zeitlich genau abgestimmt. Das Büro leistete Beiträge zu

neuen gesetzlichen Bestimmungen über Wahlen und Versammlungsfreiheit und setzte seine Arbeit zur Verbesserung der Gesetze über Religionsfreiheit und den Kampf gegen Menschenhandel fort. Es führte auch zwei Großprojekte durch: die Wiederverwertung einer für die Umwelt gefährlichen Raketentreibstoffkomponente (*Mélange*) sowie die Unterstützung bei der Polizeiausbildung und der Förderung bürgernaher Polizei-

arbeit.

Im Zuge der Verlagerung seines Schwerpunktes auf Gebiete außerhalb von Eriwan richtete das Büro in der Provinz Sjunik zwei örtliche öffentliche Umweltinformationszentren ein und veranstaltete in mehreren Regionen Diskussionsrunden zu den Themen Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und Demokratisierung. Weitere Tätigkeitsbereiche waren der Schutz der Menschenrechte, Medienfreiheit, die

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Arbeitsmigration und Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption, des Menschenhandels und der Geldwäsche.

Das Büro nutzte die Feiern anlässlich seines fünfjährigen Bestehens zur Propagierung der OSZE-Werte, -Verpflichtungen und -Prinzipien und zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit.

Rechtsreform. Das Büro machte bei der Förderung der Rechtsreform beachtliche Fortschritte. Die gesetzgebende Körperschaft genehmigte Änderungen der Wahlordnung und des *Gesetzes über die Abhaltung von Zusammenkünften, Kundgebungen, Aufmärschen und Demonstrationen*, was in diesen Rechtsvorschriften unter dem Gesichtspunkt internationaler Standards zu Verbesserungen führte. Das Büro hatte sich seit langem für legislative Reformen in diesen Bereichen eingesetzt und in beiden Fällen wurden die Gesetze auf der Grundlage von Empfehlungen verabschiedet, die das BDIMR und die Venedig-Kommission abgegeben hatten.

Das Büro unterstützte die in Gang befindliche Verfassungsreform. Das BDIMR lieferte den Behörden Stellungnahmen zu den Menschenrechtsbestimmungen des Novellierungspakets. Vor dem Verfassungsreferendum vom 27. November organisierte das Büro eine Medienkampagne, bei der zur Beteiligung an der Volksabstimmung aufgerufen wurde.

In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen unterstützte das Büro weiterhin die Arbeit an Gesetzesvorlagen zu den Themen Religionsfreiheit und Arbeitsmigration.

Unterstützung der Nationalversammlung. Zur Stärkung der fachlichen Kompetenz von Parlamentarierinnen und -mitarbeitern führte das Büro mit Unterstützung seitens der Parla-

mentarischen Versammlung der OSZE einen dreiwöchigen Fortgeschrittenenkurs für Personalexperten aus drei ständigen Ausschüssen und zwei Abteilungen durch, gefolgt von einem einwöchigen Arbeitsbesuch im österreichischen und im slowenischen Parlament. Aufgrund der guten Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, organisierte das Büro auf Ersuchen des Außenministeriums einen ähnlichen einwöchigen Kurs zur Stärkung der Forschungs- und Analyseinstrumente und -Methoden der Ministeriumsmitarbeiter.

Bekämpfung der Korruption. Der dem Ministerpräsidenten unterstehende Antikorruptionsrat, der die Nationale Antikorruptionsstrategie Armeniens aus dem Jahr 2003 umzusetzen hat, steckte den Rahmen ab, in dem das Büro seine diesbezügliche Arbeit fortsetzte. Gemeinsam mit der für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Überwachungskommission veranstaltete es eine internationale Konferenz, bei der internationale Experten bewährte Praktiken im Kampf gegen die Korruption erörterten. Das Büro führte auch weiterhin den Vorsitz in einer Arbeitsgruppe internationaler und bilateraler Missionen, die an der Unterstützung dieser Bemühungen interessiert sind.

Beseitigung der Lagerbestände einer Raketentreibstoffkomponente

Das Büro setzte sein Projekt zur Entsorgung einer Raketentreibstoffkomponente fort, das 2004 auf Ersuchen der armenischen Regierung

in Angriff genommenen worden war. *Mélange* ist ein Gefahrenstoff, der ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellt, da sich der Zustand der Behälter, in denen er gelagert wird, laufend verschlechtert. Die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit dem Verteidigungsministerium am 30. September leitete die letzte und entscheidende Phase der Projektumsetzung ein. Am Ende wird die umweltverträgliche Wiederverwertung von 872 Tonnen gelagerter *Mélange* durch Umwandlung in einen Mineraldünger stehen, der zur Verbesserung der Böden mit extrem niedrigem pH-Wert in der Region verwendet werden soll. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Das Büro unterstützte die Mitglieder einer Antikorruptionskoalition von NROs, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Öffentlichkeit für die Korruption in so wichtigen Bereichen wie der Verkehrspolizei, der medizinischen Versorgung, dem Hochschulwesen und dem öffentlichen Dienst zu sensibilisieren. Gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft veranlasste das Büro die Übersetzung des vom Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE ausgearbeiteten Best-Practice-Handbuchs der OSZE zum Thema Korruptionsbekämpfung ins Armenische sowie dessen Publikation.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützung. Im Rahmen des Polizeiunterstützungsprogramms der OSZE förderte das

Büro die bürgernahe Polizeiarbeit in einem Stadtbezirk von Eriwan, um den Informationsaustausch zwischen Polizei und Bürgern zu verbessern und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu heben.

Das Büro unterstützte auch die Renovierung des staatlichen Ausbildungszentrums für Unteroffiziere und arbeitet an Ergänzungen zu dessen Lehrplan für 2006, um ihn mit internationalen Standards in Einklang zu bringen.

Befassung mit Fragen der Computer- und Netzsicherheit. Das Büro spielte eine führende Rolle bei der Auseinandersetzung mit dieser immer wichtiger werdenden Frage. Der rasch wachsende IT-Dienstleistungssektor in Armenien ist anfällig für Angriffe aus dem Internet. In Zusammenarbeit mit den Behörden war das Büro maßgeblich an der Einrichtung eines Nationalen Sonderstabs zur Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans für Computer- und Netzsicherheit beteiligt. Der Entwurf enthält Methoden zur Stärkung der rechtlichen und technischen Aspekte der Computer- und Netzsicherheit und zur Verstärkung des Kampfes der Regierung gegen die Internetkriminalität.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Das Büro unterstützte die Gründung von vier neuen Aarhus-Zentren in drei Regionen. Sie sollen das Umweltbewusstsein der Bevölkerung heben und die Öffentlichkeit zur Teilnahme an der Entscheidungsfindung in Umweltfragen ermutigen.

Das Büro unterstützte wie bisher die Durchführung des armenischen Teils des Flussüberwachungsprojekts im Südkaukasus, in dessen Zentrum 2005 die Wiederherstellung eines regionalen Wasserüberwachungssystems, die Stärkung der örtlichen technischen Kapazitäten und die Schaffung eines Modellsystems zum Austausch von Informationen über Internet standen. Im Rahmen dieses OSZE/NATO-Projekts, das nun schon das vierte Jahr läuft, wird die Wassergüte und -menge im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax überwacht.

Das Büro unterstützte die Verwaltung der Provinz Sjunik bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser entlegenen und einzigartigen Region. Es erstellte unter anderem einen Führer für die Region Sjunik, der sowohl Touristen als auch potenzielle Investoren anziehen soll, und – auf Ersuchen der örtlichen Bevölkerung – eine Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Bergbauindustrie in der Stadt Kadscharan. Das Büro gab gemeinsam mit dem UNDP eine Machbarkeitsstudie über die Einrichtung eines Gründerzentrums in der Stadt Goris in Auftrag, das der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben dienen soll.

Als Beitrag zum Kampf gegen Geldwäsche und zur Unterbindung der Terrorismusfinanzierung unterstützte das Büro auf Ersuchen der armenischen Behörden die Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage und die Einrichtung einer der armenischen Zentralbank unterstehenden Zentralstelle zur Entgegennahme von Geldwäscheverdachtsanzeigen. Das Büro veranstaltete Konferenzen und ermöglichte Ausbildungsprogramme zur Unterstützung der Integration Armeniens in internationale Organisationen, die sich der Verbrechensbekämpfung widmen.

Zur Förderung von Handel und Gewerbe startete das Büro gemeinsam mit der *Eurasia Foundation* ein mehrjähriges Projekt, um im Südkaukasus einen Dialog in Gang zu bringen, in dessen Rahmen die Möglichkeiten zur Harmonisierung der Zollvorschriften und der Zollpolitik erörtert werden sollen. Das Büro half bei der Organisation eines Workshops, der Probleme der Rechts- und Strukturreformen in Bezug auf Handel und Gewerbe zum Gegenstand hatte und zu einem Dialog zwischen Geschäftsleuten und den zuständigen Beamten in der gesamten Region anregte.

Um die Reformen im Wirtschaftsrecht voranzutreiben, veranstaltete das Büro auf Ersuchen des Ministeriums für Handel und wirtschaftliche Entwicklung mehrere Gesprächsrunden, die dem Abbau administrativer Barrieren und der Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds für Klein- und Mittelbetriebe dienen sollten. Die bei diesen Veranstaltungen

empfohlenen Reformschritte fanden Eingang in das *Staatliche Entwicklungsprogramm für Klein- und Mittelbetriebe* für das Jahr 2006.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Das Büro führte den Vorsitz in der internationalen Arbeitsgruppe zu Fragen der Volksanwaltschaft. Gemeinsam mit dem BDIRM leistete es einen Beitrag zur Stärkung der Kapazitäten der armenischen Volksanwaltschaft durch gegenseitige Besuche bei der polnischen und der litauischen Volksanwaltschaft.

Durch Kultur zu Toleranz

Die im Juni auf dem OSZE-Treffen in Córdoba verabschiedete Erklärung veranlasste das Büro und das Außenministerium, am 29. September ein Konzert zur Förderung einer Kultur der Toleranz in Armenien zu veranstalten. Führende armenische Solisten und das Symphonische Jazzorchester der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalt führten Werke des angesehenen armenischen Komponisten Willi Weiner auf, dessen Musik aus der kulturellen Tradition verschiedener Völker schöpft. Aus diesem Anlass wurde eine dreisprachige Broschüre mit OSZE-Verpflichtungen auf der Grundlage der Schlussakte von Helsinki, des Kopenhagener Dokuments von 1990, der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 und der Erklärung von Córdoba publiziert und an die Gäste der Veranstaltung verteilt.

„Solche Veranstaltungen finden ungeheure Resonanz in der Bevölkerung“, sagte Armen Arnautow-Sargysan, Vizepräsident des Kulturzentrums Menora und Mitveranstalter des Konzerts. „Wir bauen Brücken und fördern so das Verständnis der Menschen füreinander, wir schaffen eine Annäherung über Geschichte, Kultur, Traditionen und Kunst und erreichen Respekt, Akzeptanz und Wertschätzung für die große Vielfalt der Kulturen in aller Welt.“

Rund 300 Strafvollzugsbeamte werden jährlich in einem Ausbildungszentrum, das jüngst aus Mitteln des Büros und des Justizministeriums renoviert wurde, eine Ausbildung erhalten.

Auf der Grundlage seines Projekts zur Beobachtung der Menschenrechtslage im armenischen Militär erarbeitete das Büro eine Reihe von Empfehlungen, die dem Verteidigungsministerium und den Streitkräften vorgelegt wurden; darunter befanden sich die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Entgegennahme der Beschwerden von Soldaten und eine systematischere Unterweisung in Menschenrechten.

Mit dem Arbeits- und Sozialministerium und dem Gesundheitsministerium führte das Büro Konsultationen über eine Verbesserung des Wehersatzdienstes in Armenien. Es organisierte eine Gesprächsrunde, bei der wichtige Entscheidungsträger verschiedene Ansichten zur Praxis des Wehersatzdienstes erörterten und einen gemeinsamen Nenner finden sollten.

Rund 150 behinderte Kinder nutzten das Bürgerzentrum in der Region Nojemberjan, das mit Unterstützung des Büros eingerichtet worden war. Das Zentrum fördert die Sozialisierung und die Eingliederung behinderter Kinder in die Gesellschaft und unterstützt deren Familien. Es schärft bei den örtlichen Behörden und bei führenden Persönlichkeiten

aus der Gesellschaft das Bewusstsein für die Probleme dieser Kinder.

Das Büro arbeitete wie bisher eng mit den maßgeblichen armenischen Behörden, dem Menschenrechtsanwalt und der Zivilgesellschaft im Hinblick auf Individualbeschwerden betreffend Menschenrechte zusammen. Die Behandlung der Beschwerden durch diese Behörden ermöglicht eine bessere Beurteilung der Menschenrechtssituation im Land und stärkt die Menschenrechte. Das Büro betrieb auch Aufklärungsarbeit im Menschenrechtsbereich zu den Themen religiöse Minderheiten und Wehersatzdienst.

Das Büro unterstützte die Regierung bei der Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen gegen den Menschenhandel und effizienter menschenrechtsorientierter Mechanismen zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer des Menschenhandels (Nationaler Leitmechanismus). Das Büro veranstaltete eine Reihe von Diskussionsrunden und Seminaren für armenische Behörden und einschlägig tätige NROs. Mitte 2005 verstärkte das Büro seine Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft im Hinblick

auf die Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften.

Das Büro arbeitete mit der Regierung und anderen internationalen Partnern bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur beruflichen Förderung von Frauen zusammen, der 2004 verabschiedet worden war. Es führte ein Projekt durch, das bei Jugendlichen das Bewusstsein für die Rolle der Frau in der Gesellschaft schärfen sollte, und setzte sich gemeinsam mit dem UNDP für die Teilnahme von Frauen an den Kommunalwahlen im Herbst ein.

Wie bisher verfolgte das Büro auch sehr genau die Entwicklungen im Bereich der Medienfreiheit. Die Arbeitsgruppe Medienrecht, in der das Büro den Vorsitz führt, diente weiterhin als offenes Forum für den Informationsaustausch, in dem Probleme und gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation erörtert werden.

Leiter des Büros:
Botschafter Wladimir Prjachin
Revidierter Haushalt: € 1.460.900
www.osce.org/yerevan